

Medienmitteilung

**Parolenfassung für die Abstimmungen vom 30. November 2025**

## **Berner KMU lehnt schädliche JUSO-Erbschaftssteuer-Initiative einstimmig ab**

**Am 18. September 2025 hat die Gewerbekammer, das Parlament von Berner KMU, ihre Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 30. November 2025 gefasst. Beide nationalen Vorlagen wurden einstimmig abgelehnt.**

### **JUSO-Initiative hat keine Chance bei Berner KMU**

Die Gewerbekammer hat die schädliche JUSO-Erbschaftssteuer-Initiative einstimmig abgelehnt. Die Vorlage verlangt eine 50-prozentige Steuer auf Nachlässen und Schenkungen über 50 Millionen Franken, deren Erträge zweckgebunden für Klimapolitik eingesetzt würden. «Die brandgefährliche Initiative ist ein Risiko für Arbeitsplätze, Familienunternehmen und den Mittelstand. Sie schwächt den Standort Schweiz und bringt keinen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz», hält Direktor Lars Guggisberg, Nationalrat BE, fest.

Aus Sicht von Berner KMU wäre die Initiative ein Bumerang für den Wirtschaftsstandort Schweiz:

- Sie würde zur Abwanderung von Vermögenden führen und Steuerausfälle von bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr verursachen.
- Am Ende müsste der Mittelstand die fehlenden Einnahmen durch höhere Steuern oder Leistungsabbau kompensieren.
- Besonders gefährdet wären familiengeführte KMU, deren Betriebskapital im Unternehmen gebunden ist. Eine 50-Prozent-Erbschaftssteuer könnte zur Zerschlagung von Betrieben und zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.

### **Hintergrund**

Bereits frühere Anläufe für eine nationale Erbschafts- oder Reichensteuer sind an der Urne deutlich gescheitert. Neu ist die Instrumentalisierung der Klimapolitik, die nach Einschätzung von Berner KMU weder sachgerecht noch zielführend ist. Bundesrat, Parlament sowie die Finanzdirektorenkonferenz empfehlen die Initiative ebenfalls zur Ablehnung.

### **Service-citoyen-Initiative ebenfalls abgelehnt**

Die Gewerbekammer hat auch die Service-citoyen-Initiative einstimmig abgelehnt. Das Anliegen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch verpflichtende Dienstleistungen zu stärken, wird als gut gemeint anerkannt. In der Praxis überwiegen jedoch rechtliche, ökonomische und organisatorische Bedenken – von der Gefährdung der Armeebestände bis hin zu volkswirtschaftlichen Nachteilen und einer Verzerrung des Arbeitsmarktes.

### **Für zusätzliche Auskünfte:**

Lars Guggisberg, Direktor Gewerbeverband Berner KMU, 079 621 48 78

19. September 2025